



Bereich Informationstechnik
Az: 18
Datum: 11.04.2007

2007/118
öffentlich

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Haupt- und Finanzausschuss	02.05.2007	

Betreff

Sachstand zum Einsatz von OpenSource Software bei der Stadtverwaltung Castrop-Rauxel

Finanzielle Auswirkungen

☒ keine haushaltsmäßige Berührung

☐ Auswirkungen siehe Sachverhalt

Beschlussvorschlag

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Beisenherz

Sachverhalt

OpenSource Software – Begrifflichkeiten

Unter „OpenSource Software“ versteht man gemeinhin Software, deren Nutzung grundsätzlich ohne Einschränkungen und in der Regel ohne Lizenzgebühren möglich ist, z.B. Linux als OpenSource Betriebssystem oder OpenOffice als OpenSource Software für den Bürobereich (Textverarbeitung, Tabellenkalkulation etc.).

Im Gegensatz dazu, ist bei „proprietärer Software“ die Nutzung nur eingeschränkt und nur gegen entsprechende Lizenzentgelte möglich, z.B. Betriebssysteme und Office-Produkte der Firma Microsoft.

OpenSource Einsatz in der Kommunalverwaltung

Der Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen hat sich im Mai 2005 eingehend mit dem Einsatz von OpenSource Software (OSS) in den Kommunen befasst. Er berichtet dabei von Entscheidungen pro OSS (z.B. München), aber auch gegen OSS (z.B. Frankfurt/Main). Aus Sicht des Städte- und Gemeindebundes gibt es keine allgemeingültige Empfehlung. Jede Kommune muss unter Berücksichtigung ihrer Ausgangslage und ihrer Rahmenbedingungen eigenständige Entscheidungen treffen.

„Ein wesentliches Argument bei der Entscheidung für oder gegen OSS stellt die Kostenfrage dar. Diese wird aber nicht allein vom Preisschild an der Software, sondern mindestens in gleichem Maße von den Gegebenheiten in der potenziellen Einsatzumgebung bestimmt. Die Tatsache, dass diverse OSS kostenfrei (...) angeboten wird, darf für sich genommen nicht Grundlage einer Kostenbetrachtung sein. Vielmehr treten diverse weitere Faktoren in die Abwägung mit ein ...“ (Städte- und Gemeindebund NRW).

Rahmenbedingungen bei der Stadt Castrop-Rauxel

An den Arbeitsplätzen in der Verwaltung sind rd. 550 vernetzte PC-Systeme im Einsatz. Serversysteme sorgen innerhalb des Datennetzes für die Bereitstellung zentraler Systemressourcen. Alle Systeme laufen unter den Betriebssystemen Microsoft Windows2000 bzw. WindowsXP. Als Software für den Bürobereich (Textverarbeitung, Tabellenkalkulation etc.) wird durchgängig Microsoft Office-Software eingesetzt.

Die Stadt Castrop-Rauxel ist Mitglied des Zweckverbandes Gemeinsame Kommunale Datenzentrale Recklinghausen (GKD) und nutzt im Rahmen dieser Mitgliedschaft zahlreiche Verfahrensangebote. Sowohl im Zweckverband selbst, als auch in den Verwaltungen der Verbandsmitglieder, sind Betriebssysteme und Office-Software der Firma Microsoft im Einsatz. Umstellungen sind hier nicht geplant.

Ergänzend zu den Verfahrensangeboten der GKD, werden vor Ort rd. 30 Verfahren zur Erledigung bestimmter Fachaufgaben in Eigenregie betrieben. Es handelt sich dabei um Anwendungen, die von diversen Software-Anbietern erworben worden sind.

Aspekte bei der Prüfung des Einsatzes von OpenSource Software

Klassifikation der Anwendungssoftware

Dieser Aspekt steht im Fokus der Betrachtungen, weil er die Mehrzahl der Arbeitsplätze in der Verwaltung betrifft. Von den örtlich eingesetzten rd. 30 Fachverfahren, sind – Stand heute – der größte Teil nur auf der Basis von Windows-Betriebssystemen einsetzbar.

Ob und in welchem Umfang die Software-Anbieter hier Alternativversionen für den Einsatz unter Linux entwickeln werden, lässt sich gegenwärtig nicht abschätzen.

Soweit im Einzelfall funktionsähnliche Software unter Linux am Markt bereits verfügbar ist, wäre eine Umstellung mit zusätzlichem Aufwand und Kosten verbunden und führte zur Schaffung von „Insellösungen“, ohne dass aus der Umstellung zwingend ein Mehrwert zu erwarten wäre. Der Einsatz von Emulatoren etc. scheidet aus, weil u.U. zusätzliche Kosten anfallen oder weil in diesen Fällen die Funktionsfähigkeit und Fehlerfreiheit der Anwendungen nach diversen Erfahrungsberichten nicht sichergestellt sind und daher vorab ausgiebige und kostenintensive Erprobungen notwendig würden.

Klassifikation der PC-Arbeitsplätze

Die wenigsten PC-Arbeitsplätze in der Verwaltung werden ausschließlich für allgemeine Büroarbeiten genutzt. An den meisten PC-Arbeitsplätzen sind neben der Bürosoftware ein oder mehrere Fachverfahren installiert, wodurch sich die Möglichkeiten zur Umstellung auf OpenSource auf ein Minimum reduzieren.

Migrationsaufwand

Eine Umstellung auf OpenSource Produkte ist mit zum Teil nicht unerheblichen Kosten verbunden. Dies gilt zum einen bei der Umstellung der Software an sich, zum anderen aber auch in noch erheblicherem Maße bei der Umstellung der Benutzer und Administratoren.

Beispielhaft sind zu nennen:

- § Migrationskosten (neue Software, Konzeptionierung/Beratung durch Dritte etc.)
- § Konvertierungsaufwand für vorhandene Datenbestände
- § Sicherstellung der Kompatibilität zu anderen Dienststellen und Behörden etc.
- § Lizenzkosten für den Einsatz kommerzieller Anwendungen einschließlich Support- und Upgrade-Leistungen
- § Kosten für den professionellen Einsatz von Software, die nur im privaten Bereich kostenfrei ist (z.B. Datenbank-Software)
- § (Um-) Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Arbeitsplätzen
- § Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im IT-Bereich

Ergänzender Hinweis:

Die in diesem Abschnitt skizzierten Aspekte waren Gegenstand einer Untersuchung, mit der die Stadt Dorsten (81.000 Einwohner, Mitglied des Zweckverbandes, ähnliche IT-Infrastruktur) Ende 2006 eine Unternehmensberatung beauftragt hat. Die Untersuchung schließt mit dem Ergebnis, dass eine Umstellung auf OpenSource Software bei der Stadt Dorsten nicht kostengünstiger ist.

Einheitlich geplante informationstechnische Infrastruktur in der Verwaltung

Ziel des örtlichen IT-Einsatzes ist die Realisierung eines verwaltungsweiten Informations- und Kommunikationsverbundes, auf der Grundlage einer einheitlich geplanten, bereichsübergreifenden informationstechnischen Infrastruktur.

Nach dem heutigen Stand, kann in absehbarer Zeit nicht von homogenen und verwaltungsweit nutzbaren OpenSource Lösungen ausgegangen werden. Ein partieller Einsatz von OpenSource Software würde zum Einsatz von inkompatiblen Produkten führen und damit die angestrebten Zielsetzungen in erheblichem Maße beeinträchtigen und zusätzliche Aufwände bei Betrieb und Nutzung heterogener IT-Strukturen verursachen.

Zusammenfassung

In der Gesamtbewertung ergeben sich bislang keine Ansatzpunkte, die für einen Umstieg auf OpenSource Software bei der Stadt Castrop-Rauxel sprechen, auch nicht unter wirtschaftlichen Aspekten.

Die Entwicklung wird weiterhin aufmerksam beobachtet.